

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Ihnen einen Überblick über die Themen der vergangenen parlamentarischen Sitzungswoche geben. Dabei informiere ich Sie über die Fortsetzung des Antipirateneinsatzes der Bundeswehr vor der Küste Somalias, die Verabschiedung des Ersten Gesetzes zur Änderung des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes sowie das Vierte Gesetz zur Änderung des Energieeinsparungsgesetzes. Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr

Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Fortsetzung des Antipiraten-
einsatzes der Bundeswehr vor
der Küste Somalias
2. Erstes Gesetz zur Änderung des
Treibhausgas-
Emissionshandelsgesetzes
3. Viertes Gesetz zur Änderung
des Energieeinsparungsgeset-
zes
4. Relevantes aus Mannheim und
der Region





1. Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias

In namentlicher Abstimmung haben die Mitglieder des Deutschen Bundestages am Donnerstag über die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Operation Atalanta am Horn von Afrika entschieden. Einen entsprechenden Antrag der Bundesregierung nahm das Parlament mit 310 Ja-Stimmen bei 206 Nein-Stimmen und 61 Enthaltungen an. Der Antipirateneinsatz der Bundeswehr vor der Küste Somalias verlängert sich damit bis längstens 31. Mai 2014. Die EU-geführte Operation "Atalanta" soll die vor der Küste Somalias und im Indischen Ozean operierenden Piraten abschrecken und bekämpfen. Deutsche Soldaten dürfen bis zu maximal zwei Kilometer weit gegen logistische Einrichtungen der Piraten am Strand vorgehen. Das Mandat für die Verlängerung erstreckt sich auf bis zu 1.400 Soldatinnen und Soldaten.

Im Mai 2012 hatten die Abgeordneten eine Weiterführung des Einsatzes bis Ende Mai 2013 beschlossen, das nun ausläuft. Die Bundeswehrsoldaten sollen weiterhin eingesetzt werden, solange das Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen Bestand hat. Ihre Aufgabe ist der Schutz von humanitären Hilfslieferungen nach Somalia sowie der freien Seefahrt und die Bekämpfung der Piraterie vor der Küste. Bereits vor einem Jahr gab es bei der Opposition Bedenken hinsichtlich der Erweiterung des Atalanta-Mandats der Bundeswehr für den Einsatz vor der Küste Somalias. Danach umfasst das Einsatzgebiet nicht mehr nur die somalischen Küstengebiete und inneren Küstengewässer sowie die Meeresgebiete vor der Küste Somalias, sondern auch den Luftraum darüber. Ein von den Grünen eingebrachter Antrag, auf die Mandatserweiterung zu verzichten, fand aber auch diesmal keine Mehrheit.

Hierbei handelt es sich um eine wichtige Mission, damit der zivile Schiffsverkehr frei von Übergriffen bleibt. Neben den transportierten Waren soll dabei auch vor allem das Schiffspersonal geschützt werden, das in der Vergangenheit häufig das erste Opfer der Piraterie in Form von Geiselnahmen und Lösegelderpressungen war. Außerdem soll verhindert werden, dass die Piraten mit ihrer Ausrüstung die Hohe See erreichen können. Denn dann muss ein Seegebiet abgesucht werden, das 24-mal so groß ist wie Deutschland.

Seit Beginn des Einsatzes konnten mehr als 150 Schiffstransporte im Auftrag des Welternährungsprogramms ihre somalischen Zielhäfen sicher anlaufen. Damit erreichten mehr als eine Million Tonnen Nahrungsmittel und weitere wichtige Hilfsgüter Somalia. Das ist ein wesentlicher Beitrag zur Versorgung von insgesamt bis zu vier Millionen notleidender Menschen. Dieser anhaltende Erfolg der Piratenbekämpfung geht nicht zuletzt auf die EU-geführte Operation Atalanta zurück. Die Erfolgsquote der Piraten ist im Jahr 2012 gegenüber den vergangenen Jahren erneut deutlich gesunken. Das Seegebiet des Golfs von Aden ist durch die dauerhafte Anwesenheit von Kriegsschiffen für Handelsschiffe seit Ende 2008 erheblich sicherer geworden. Die Bekämpfung der Piraterie reicht aber nicht aus. Langfristig muss Somalia als Staat wieder funktionsfähig werden. Mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft werden staatliche Strukturen wieder aufgebaut.



2. Erstes Gesetz zur Änderung des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes

Der Deutsche Bundestag hat gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE und Bündnis 90/DIE GRÜNEN den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes angenommen. Die SPD-Fraktion hatte sich bei der Abstimmung enthalten. Mit der Annahme der Gesetzentwürfe können die entsprechenden EU-Vorgaben in Deutschland umgesetzt werden.

Das Gesetz sieht vor, dass im EU-Emissionshandel nur noch Prüfstellen tätig sein dürfen, die von den nationalen Akkreditierungsstellen des Mitgliedstaates zugelassen worden sind. Der Kreis der Sachverständigen wird erweitert, indem Einzelsachverständige ebenfalls für die Prüfung von Emissionsberichten zugelassen werden. So soll der Wettbewerb zwischen den Sachverständigen gestärkt und die Auswahl von geeigneten Prüfern erleichtert werden.

In den ersten beiden Handelsperioden des EU-Emissionshandels konnten die Mitgliedstaaten bislang weitgehend selbst entscheiden, wie sie die Prüfung von Emissionsberichten regelten. In Deutschland erfolgte die Prüfung des Emissionshandels bisher durch sogenannte sachverständige Stellen. Diese Stellen sind nach der neuen EU-Verifizierungsverordnung, mit der die Regelungen in Europa harmonisiert werden sollen, jedoch nicht mehr ausreichend legitimiert.

3. Viertes Gesetz zur Änderung des Energieeinsparungsgesetzes

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen wurde das Vierte Gesetz zur Änderung des Energieeinsparungsgesetzes verabschiedet. Die SPD-Fraktion enthielt sich, die Linksfraktion und Bündnis 90/DIE GRÜNEN stimmten gegen das Gesetz.

Die Europäische Union hatte eine Richtlinie herausgegeben, durch die eine Senkung des Energieverbrauchs im Gebäudebereich und eine Steigerung der Energieeffizienz um 20 Prozent bis 2020 ermöglicht werden soll. Diese Richtlinie wurde nun in nationales Recht umgesetzt.

Das Gesetz verpflichtet Bauherren, alle Neubauten nach 2020 als Niedrigstenergiegebäude zu errichten. Für Neubauten, die von Behörden genutzt werden und im Eigentum von Behörden stehen, soll diese Verpflichtung bereits zwei Jahre früher wirksam werden. Die geltenden Vorschriften zur Außerbetriebnahme von Nachtstromspeicherheizungen werden gestrichen.

4. Neues aus Mannheim und der Region

Wirtschaftsjuniorin aus Mannheim in Berlin

Eine Woche lang begleiteten 150 junge Unternehmer und Führungskräfte im Rahmen des „Know-how Transfers“ zwischen den Wirtschaftsjunioren Deutschland und dem Deutschen Bundestag jeweils einen Abgeordneten, um einen Einblick in das politische Berlin zu bekommen. Stefanie Kübler aus Mannheim begleitete mich bei meinen Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen. Sie nahm auch an der Fraktionssitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an einer Plenarsitzung des Deutschen Bundestages teil. Stefanie Kübler ist Leiterin eines globalen Consulting Teams bei der SAP Deutschland AG & Co. KG in Walldorf und dort für die Implementierung der SAP Software zuständig.

Die Wirtschaftsjunioren Deutschland sind mit mehr als 10.000 Mitgliedern der bundesweit größte Verband junger Unternehmer und Führungskräfte. Das Projekt findet bereits zum 19. Mal statt und hat das Ziel, Unternehmern einen Einblick in den Alltag der Parlamentarier zu geben und den Austausch zwischen Wirtschaft und Politik zu fördern.

Ich freue mich sehr über den Austausch mit Frau Kübler und ihr großes Interesse an meiner politischen Arbeit in Berlin. Ich hoffe, dass sie viele positive Eindrücke aus Berlin mit nach Mannheim nimmt und dass es diesen wichtigen Austausch zwischen Wirtschaft und Politik auch in Zukunft geben wird.





Parlamentarisches Patenschafts-Programm

Ich rufe zur Teilnahme am Parlamentarischem Patenschafts-Programm (PPP) des Deutschen Bundestages auf. Es richtet sich an Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 bis 17 Jahren und an junge Berufstätige und Auszubildende bis 24 Jahre. Das PPP ist ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestages und des Kongresses der USA, in dessen Rahmen Jahr für Jahr rund 360 Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige aus Deutschland in die Vereinigten Staaten reisen. Die Stipendiaten des PPP leben ein Jahr in Gastfamilien, besuchen Schulen und absolvieren Praktika in Betrieben.

Ich habe schon mehrfach Patenschaften für Schülerinnen und Schüler und junge Erwachsene im Rahmen dieses Programms übernommen. Gerade auch aufgrund der positiven Reaktionen tue ich dies immer wieder gerne. Es bietet den Teilnehmern eine gute Gelegenheit, die Vereinigten Staaten kennenzulernen und hat positive Auswirkungen auf ihre berufliche und persönliche Entwicklung.

Die Stipendiaten übernehmen als junge Botschafter Deutschlands in den USA eine wichtige Rolle. Die Bewerbung für das Parlamentarische Patenschafts-Programm 2014/2015 läuft noch bis zum 13. September 2013. Interessierte finden weitergehende Informationen unter www.bundestag.de/ppp und können

Mannheimer Bürgerinnen und Bürger in der Bundeshauptstadt

Auf meine Einladung hin besuchten 50 Bürgerinnen und Bürger aus ganz Mannheim die Bundeshauptstadt. Unter den Teilnehmern der Fahrt waren die Gewinnerin des Sandhofener Kerwelaufs 2012, Meike Wegerle, die Mannheimer Neubürgerin Vincenza Lombardo-Hettrich sowie vier Mitglieder der Mannheimer Ahmadiyya-Gemeinde, die seit Jahren ehrenamtlich den Silvestermüll der traditionellen Silvesterparty rund um den Wasserturm beseitigen. Das viertägige Besuchsprogramm ermöglichte den Besucherinnen und Besuchern einen Einblick in das politische und kulturelle Berlin. Im Auswärtigen Amt erhielten sie einen Einblick in die Arbeitsweisen und Aufgabenbereiche der deutschen Außenpolitik.

Führungen durch die Gedenkstätte Deutscher Widerstand sowie durch die ehemalige Untersuchungshaftanstalt der Stasi in Hohenschönhausen vermittelten den Mannheimer Gästen einen umfangreichen Eindruck der Geschichte Berlins. Ein weiterer Höhepunkt des umfangreichen Programms war der Besuch im Deutschen Bundestag und unser Gespräch. Dabei hatten wir viel Gelegenheit, über die aktuellen politischen Geschehnisse in der Bundespolitik zu diskutieren und meinen Arbeitsalltag als Abgeordneter in einer parlamentarischen Sitzungswoche in Berlin kennenzulernen.



Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 277 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de